

**Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie**

## **Protokoll**

11. Sitzung (nicht öffentlich)

6. März 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

15.00 bis 15.40 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Heckelmann (SPD)

Stenograph: Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **1 Gesetz zur Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/800

Vorlagen 11/213, 11/236, 11/366

Zuschriften 11/211, 11/381

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Beilage 3 - 41. Landesjugendplan

Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen

Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI)

Der Ausschuß berät abschließend über die ihn tangierenden Teile des Einzelplans 07 und faßt die in der Vorlage 11/413 wiedergegebenen Beschlüsse.

Der 41. Landesjugendplan sowie die Kapitel 07 050 und 07 410 werden mit den sich aus der Vorlage 11/413 ergebenden Änderungen mit den Stimmen der SPD gegen das Votum von CDU, F.D.P. und GRÜNEN angenommen.

Berichterstatter: Abg. Heckelmann (SPD)

## 2 Auswärtige Sitzungen

Siehe Seite 3 des Diskussionsteils.

-----

### **Aus der Diskussion**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Abgeordneter Engelhardt (CDU), sei als ordentliches Mitglied ausgeschieden.**

**Die für den Abgeordneten nachgerückte Abgeordnete Busch (Köln) (CDU) wird auf Vorschlag der CDU-Fraktion vom Ausschuß einstimmig zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.**

**Der Vorsitzende weist sodann auf eine von der Ausschußassistentin erarbeitete Tischvorlage (siehe Anlage 1 zu diesem Protokoll) hin, in der die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU, SPD und GRÜNEN übersichtlich zusammengestellt worden seien. Für diese Arbeit dankt der Vorsitzende im Namen des Ausschusses. - Die Vorschläge der F.D.P.-Fraktion (siehe Anlage 2 zu diesem Protokoll) seien in der aktuellen Sitzung vorgelegt worden und würden im Laufe der Beratungen eingearbeitet.**

**Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.) hält es für geboten, daß die Landesregierung vor Einstieg in die Einzelberatungen noch einmal detailliert Position bezieht zu den entscheidenden Abweichungen, die die Ergänzung der Landesregierung (Drucksache 11/1250) vorsehe.**

**Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann teilt mit, daß die durch die Bonner Steuerpolitik veränderte Finanzsituation des Landes zu Einsparungen in Höhe von 1,4 Milliarden DM gezwungen habe. Als Folge davon habe die Landesregierung an zahlreichen Stellen kappen müssen. Bei den dem MAGS zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln seien davon 75,3 Millionen DM betroffen gewesen. Das Finanzministerium und das MAGS hätten sich auf die Veränderungen, wie sie jetzt vorlägen, verständigt.**

Die Vorschläge des MAGS stellten allerdings lediglich einen Eingriff in den investiven Bereich dar. Beim Landesjugendplan sowie der Förderung der Familienhilfe und der Kinderhilfe hätten sich Schiebungen um ein bis zwei Jahre ergeben. In die Arbeit dieses Bereiches sei somit nicht eingegriffen worden.

Abgeordneter Rüsenberg (CDU) merkt an, der Finanzminister habe mit den Fraktionsvorsitzenden über die Notwendigkeit zusätzlicher Einsparungen beraten. Die CDU-Fraktion habe Einsparungen vorgeschlagen, die über die der Landesregierung hinausgingen. Damit habe sie auch eine Reduzierung der Nettoneuverschuldung erreichen wollen.

Trotzdem hätten die Vorschläge seiner Fraktion es ermöglicht, dort, wo erheblicher Bedarf in Nordrhein-Westfalen gesehen werde, Erhöhungsanträge zu stellen. Dies werde auch im Einzelplan 07 deutlich.

Abgeordneter Hilgers (SPD) erklärt, die SPD-Fraktion habe die Einsparungsvorschläge der anderen Fraktionen zur Kenntnis genommen. Ein großer Teil dieser Vorschläge sei allerdings als nicht realistisch einzustufen. So werde man beispielsweise nicht davon ausgehen können, daß sich die Zahl der Asylsuchenden von einem auf den anderen Tag um die Hälfte reduziere. Eine Kürzung der Sozialhilfeleistungen in diesem Bereich gehe deshalb nicht an.

Gleichwohl habe auch die SPD-Fraktion Umschichtungspotentiale erkannt und werde heute im Gegensatz zu den Vorschlägen der Landesregierung gerade in der Kinder- und Familienpolitik zusätzliche Ausgaben beantragen, für die in anderen Bereichen Deckung gefunden worden sei.

Ihre Fraktion, so Abgeordnete Scheffler (GRÜNE), habe ebenfalls einen Gesamthaushalt mit Forderungen und entsprechenden Deckungsvorschlägen vorgelegt.

Die Ankündigung der Landesregierung, im Landesjugendplan zu kürzen, habe zu einer großen Verunsicherung geführt. Sie hoffe, daß zumindest in diesem Bereich

Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie  
11. Sitzung (nicht öffentlich)

06.03.1991  
sl-ma

Einigkeit erzielt werde, daß die von der Landesregierung vorgeschlagenen Kürzungen nicht vorgenommen werden dürften.

Der Ausschuß wendet sich sodann der Abstimmung über die in den Anlagen 1 und 2 zu diesem Protokoll aufgeführten Änderungsanträge der Fraktionen zu und faßt die in der Vorlage 11/413 wiedergegebenen Beschlüsse.

Im Anschluß an die Abstimmung gibt Abgeordneter Gregull (CDU) zu Protokoll, daß der Haushalt erst im April verabschiedet werde, könne in der Praxis dazu führen, daß Träger, die durch das Land gefördert würden, nicht mehr rechtzeitig an ihre Zuwendungsbescheide gelangten.

Er bitte die Landesregierung, dafür zu sorgen, daß die Träger nicht gezwungen seien, in Vorlage zu treten. - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann teilt mit, dem werde bereits Rechnung getragen.

## Zu 2            Auswärtige Sitzungen

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie wird am 4. Juli 1991 eine Ausschußsitzung als auswärtige Sitzung veranstalten. Bei dieser Gelegenheit sollen auch zwei konfessionelle Einrichtungen besucht werden.

Als Termin für die Reise des Ausschusses nach Brandenburg ist der 3. bis 5. Juni vorgesehen.

Anlagen

gez. Heckelmann  
Vorsitzender

23.04.1991 / 25.04.1991

255